

## **Vorstand der GdP-Kreisgruppe Soest im offenen Dialog mit Minister Umweltminister Eckhard Uhlenberg zgl. CDU-Landtagsabgeordneter Wahlkreis Soest**

Zu einem Gedankenaustausch trafen sich der Kreisvorsitzende Siegfried Pfenninger, stellv. Kreisvorsitzende Elmar Brings, die Frauenbeauftragte Susanna Quast, der Kreisvorsitzende Ennepe-Ruhr Rainer Peltz mit dem Umweltminister Eckhard Uhlenberg.



links: Rainer Peltz, Siegfried Pfenninger, Umweltminister Eckhard Uhlenberg, Elmar Brings und Susanna Quast

Die GdP-Vertreter stellten die Frage, ob nach der Verabschiedung des Landespersonalvertretungsgesetzes (Referentenentwurf) durch das Landeskabinett noch Veränderungen noch möglich seien:

Eckhard Uhlenberg betonte, dass man an der Ausrichtung des Gesetzesentwurfes festhalten würde, aber Veränderungen in einzelnen Punkten noch möglich wären.

Vor diesem Hintergrund wurden folgende Veränderungen vorgeschlagen:

- Beibehaltung der Umsetzung für eine Dauer von mehr als 3 Monaten
- Beibehaltung der bisherigen Regelungen für Stellenausschreibungen
- Beibehaltung der Mitbestimmung bei Technologiemaßnahmen

➤ Beibehaltung der Erörterung

In diesem Zusammenhang wurde noch einmal deutlich gemacht, dass die Personalräte keine „Blockierer“ seien und die Behördenspitze nicht als Feindbild betrachtet wird, sondern im Rahmen der vertrauensvollen Zusammenarbeit die Interessen aller Kolleginnen/Kollegen vertreten würde. Auch wurde betont, dass die Personalräte als „Mittler“ nach der Erörterung mehr als 90% der Verfahren in den Behörden abgeschlossen haben.

Bei den Technologiemaßnahmen haben gerade die Personalräte auf Probleme wie bei der P 99, Gurtpeitsche etc. hingewiesen. Auch bei Einführung neuer Technik, man denke nur an die Abschaffung der Schreibmaschine 1994 und die damit verbundene Einführung von Computern, an der Personalräte konstruktiv und kreativ mitgearbeitet haben.

Weitere Schwerpunkte des Gesprächs:

- Überalterung der Polizei
- Besoldungsanpassung nach Kassenlage
- Einführung PEM
- Neuorganisation der Polizei

Anhand der Überalterung der Kreispolizeibehörde Soest wurde dem Minister verdeutlicht, dass ab 2011 über 200 Kolleginnen und Kollegen dieser Behörde über 50 Jahre alt sein werden (Übergabe der GdP-Altersstudie).

Die GdP-Vertreter erklärten, dass die Landesregierung in der Frage endlich handeln müsste. Vor diesem Hintergrund wurden Vorschläge gemacht:

- Erhöhung der Einstellungszahlen, wie im IM-Gutachten gefordert, bis zu 1500 Polizeibeamtenstellen
- Ansatz zur Lösung der Altersproblematik Ermittlungsdienst u. WuW: Flexibilisierung der Lebensarbeitszeit /Faktorisierung der Arbeit im Wach- und Wechseldienst

Uhlenberg teilte mit, dass Gespräche für die Haushaltsberatungen 2008 bereits begonnen haben. Daraufhin verwiesen die GdP-Vertreter auf die Besoldungsanpassung für 2008. In der Frage der Diätenerhöhung gehe es nicht um eine Neiddebatte, sondern um gleichberechtigte Behandlung von Polizeibeamten. Wenn die Landtagspräsidentin zur Diätenerhöhung erkläre, dass die Umsetzung der Diätenerhöhung von 1,4% aus der Steigerung von Lebenshaltungskosten und vergleichbaren Gehaltssteigerungen in verschiedenen Berufsgruppen resultiere, muss festgehalten werden, dass bei den Beamten keine Steigerung (seit 2004) stattgefunden habe. Dann sei es nur konsequent, wenn die

Polizisten im Jahr 2008 eine Erhöhung von 2,9% entsprechend dem Tarifbereich erfahren würden.

In der Frage PEM erklärte Uhlenberg, dass Polizisten nicht in das PEM kommen sollen, auch wenn in den Entwurf für die Polizei keine Ausnahme vorgesehen sei. Die Ausnahmeregelung für die Polizei und für sein Aufgabenbereich sei vom Finanzminister abgelehnt worden, weil dann auch die anderen Ministerien diese fordern würden.

Für seinen Geschäftsbereich habe er erreicht, dass der Stellenabbau (1,5%) in eigener Regie geregelt wird, ohne dass ein Mitarbeiter in das PEM versetzt würde. Nach dem bisherigen Erkenntnisstand sei das auch für die Polizei so vorgesehen.

Zum Thema Neuorganisation wurde der Kollege Pfenninger von dem Minister befragt, wie dieser darauf kommen würde, dass die Landratsbehörde Soest nach der Landtagswahl 2010 zum PP Dortmund zugeordnet werden könnte.

Pfenninger erklärte, dass nach seiner persönlichen Bewertung der Vertrauensschutz für die Landräte bis 2010 gelten könnte, und für Soest, unabhängig von dem politischen Ausgang der Wahl, anschließend die „Großbehörden“ kommen würden. Diese Bewertung teilte Uhlenberg nicht. Er sei für die Beibehaltung der bisherigen Landratsbehörden, auch nach der Wahl. Sollte dies aber politisch nicht möglich sein, könnte sich Uhlenberg für ein Polizeipräsidium Südwestfalen vorstellen. Mit dieser Auffassung vertrete er GdP-Positionen, so Pfenninger.

Fazit: Nach Einschätzung der GdP-Vertreter habe der Minister die Signale verstanden und wird sich für die angesprochenen Positionen einsetzen.